

Postulat Reto Nause (CVP) vom 25. Januar 2007: Zur Planung der Waldstadt „Bremer“ - Bern braucht städtebauliche Impulse!; Fristverlängerung

Der Gemeinderat wird aufgefordert für die Erstellung eines neuen, attraktiven und familienfreundlichen Stadtquartiers „Waldstadt Bremer“ eine entsprechende Projektplanung vorzulegen: Durch Überdachung des Autobahnteilstücks im Bremgartenwald liesse sich auf der gewonnenen Fläche und mit Anschluss ans Länggass-Quartier der neue Stadtteil realisieren.

Eine entsprechende städtebauliche Vision wurde am 7. Februar 2006 von der Berner Bauart Architekten & Planer AG präsentiert. Nun gilt es diese Vision voranzutreiben, die notwendigen Vorabklärungen zu treffen und dieses Projekt zu konkretisieren. Das braucht die Schaffung der notwendigen raumplanerischen Voraussetzungen, die klare Definition der Entwicklungsperspektiven und Infrastrukturvoraussetzungen für das neue Quartier und eine öffentliche Diskussion rund um diese städtebauliche Vision.

Die Ziele sind:

1. Die Waldstadt soll nationale Ausstrahlung erhalten als ein Projekt, welches der Zersiedelung des Mittellandes entgegentritt und einen ersten Beitrag zur Verdichtung der städtischen Zentren darstellt.
2. Die Schaffung eines attraktiven neuen Wohnquartiers mit hoher Lebensqualität und guter Durchmischung.
3. Die Realisierung eines ökologisch interessanten und zentrumsnahen Stadtquartiers mit optimaler Anbindung an den öffentlichen Verkehr.
4. Die Aufwertung des Naherholungsgebiets Bremgartenwald durch die Überdachung der Autobahn und einen harmionischen Übergang Quartier/Bremgartenwald.

Begründung

Während andere Schweizer Städte in den letzten Jahren wieder markant gewachsen sind und ganze Stadtteile neu entstanden, stagniert Bern. 2006 hat die Bevölkerungszahl von Bern wieder das Niveau von 1940 erreicht. Wie in anderen Städten ist der benötigte Wohnraum pro Kopf markant angestiegen – anders als in anderen Städten standen in Bern aber keine grösseren Industriebrachen für Umnutzungen zur Verfügung. Die Landreserven innerhalb der Stadtgrenzen sind knapp. Gelingt der Stadt keine Stabilisierung des geschilderten Trends droht sie zwischen den Polen Zürich, Basel und Arc lémanique marginalisiert zu werden. Das geschilderte Szenario wird sich bereits in den nächsten 5 Jahren akzentuieren, betrachtet man die aktuellen Trends. Bis in 10 Jahren dürfte es seine volle Dynamik entfalten. Die Zeit zu handeln und vor auszuplanen ist deshalb heute gekommen. Es gehört zu den grossen Herausforderungen für Bern, neues qualitatives und quantitatives Wachstum zu erreichen und klare Perspektiven für die Zukunft zu formulieren.

Mit den bestehenden Voraussetzungen ist dieses Ziel nur erreichbar durch die gross angelegte Schaffung von neuem, attraktivem Wohnraum. Raumplanerisch macht die Konzentration in den Städten Sinn. Nur sie kann die Antwort auf die zunehmende Zersiedelung in der Schweiz sein. Die Städte sind in diesem Zusammenhang gefordert, konkret umsetzbare Projekte zu konzipieren und in den bestehenden Stadtgrenzen grössere Wachstumspotentiale zu erschliessen.

Bern, 25. Januar 2007

Postulat Reto Nause (CVP), Edith Leibundgut, Daniel Lerch

Bericht des Gemeinderats

Das Postulat Reto Nause vom 25. Januar 2007 wurde mit SRB 301 vom 29. Mai 2008 erheblich erklärt und der Präsidialdirektion zur Beantwortung überwiesen. Mit SRB 256 vom 29. April 2010 wurde die Frist zur Vorlage eines Prüfungsberichts bis Februar 2011 verlängert.

Die Initianten der Waldstadt Bremer arbeiten weiterhin an den Abklärungen zur rechtlichen und technischen Machbarkeit für ein neues Stadtquartier im Wald. Die Resultate stehen noch aus.

Deshalb beantragt der Gemeinderat eine erneute Fristverlängerung für den Prüfungsbericht zum Postulat Reto Nause (CVP) um ein weiteres Jahr bis Februar 2012.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Reto Nause (CVP) vom 25. Januar 2007: Zur Planung der Waldstadt „Bremer“ - Bern braucht städtebauliche Impulse; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung für den Prüfungsbericht bis Februar 2012 zu.

Bern, 19. Januar 2011

Der Gemeinderat